

Hörbranz, am 19. Juli 2011

## **Protokoll** **Nr. 10**

über die am 29.06.2011 um 20.00 Uhr im Sitzungszimmer des Gemeindeamtes Hörbranz stattgefundene öffentliche Gemeindevertretungssitzung, zu der alle Gemeindevertreter ordnungsgemäß eingeladen wurden.

Anwesend:

Bgm. Hehle Karl  
Vizebgm. Srienz Petra  
GV Bösch Erika  
GV Fetz Ute  
GV Fink Lukas  
GR Flatz Katrin, Mag. (FH)  
GV Hack Manuela (LAbg.)  
GV Hagen Christoph (NR)  
GV Hagen Thomas  
GV Hagspiel Xaver  
GV Haunold Susanne  
GV Hiebeler Günter  
GV Hutter Richard  
GR Jeglic Dietmar  
GV Moosbrugger Lars  
GV Paul Stefan  
GR Pinkelnig Gerhard  
GR Siebmacher Josef  
GV Zuder Dieter  
EM Feuerstein Gerhard, Mag.  
EM Gorbach Josef  
EM Hüttl Klaus  
EM Jabinger Bernd  
EM Köb Brigitte  
EM Schmitzer Andreas  
EM Lucny Franz  
EM Wagner Herbert  
Auskunftsperson: DI Gasser Michael, Rudhardt + Gasser Ziviltechniker  
Schriftführerin: Dr. Malz Beate

### **1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und weist auf eine Unklarheit bei der Besetzung der FPÖ-Fraktion hin. Nach dem Mandatsverzicht eines FPÖ-Gemeindevertreters, der in der vorangegangenen GV-Sitzung mündlich verkündet wurde und inzwischen schriftlich per Post im Gemeindeamt eingelangt ist, wurde seitens der Gemeindeverwaltung nach Rücksprache mit der Gemeindeaufsicht die Auffassung vertreten, dass solange keine Nachbesetzung durch die Wahlkommission erfolgt ist, kein Ersatzmitglied zu bestellen ist.

Der Fraktionsobmann der FPÖ stützt sich auf § 39 Abs 3 GG, wonach die Verzichtserklärung per Post an den Bgm. nicht ausreicht, sondern der ausgeschiedene Mandatar die Erklärung dem Bgm. persönlich übergeben hätte müssen.

Die Gemeindesekretärin betont, die Gemeindeaufsicht sowohl über den Umstand in Kenntnis gesetzt zu haben, dass der schriftliche Verzicht per Post eingelangt ist, als auch über ihre Auslegung, dass die persönliche Übergabe in diesem Fall - nach der mündlichen Verkündung durch den Gemeindevertreter in der vorangegangenen Sitzung - habe entfallen können. Dagegen habe die Gemeindeaufsicht kein Veto eingelegt, sondern bestätigt, dass kein Ersatzmann zu bestellen sei.

Der Vorsitzende schlägt vor, dass speziell zu diesem Formalerfordernis erneut der Standpunkt der Gemeindeaufsicht eingeholt werden soll. Dem wird einstimmig zugestimmt. Weiters wird einstimmig beschlossen, dass, falls laut Gemeindeaufsicht nur sechs statt sieben FPÖ-Mandatare an der Sitzung teilnehmen hätten dürfen, das Ergebnis der Sitzung nicht im Nachhinein angezweifelt wird.

Die beiden Ersatzmitglieder Andreas Schmitzer und Franz Lucny werden angelobt.

Daraufhin eröffnet der Vorsitzende die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### **2. Fertigstellung Kanalkataster Phase III**

Der Vorsitzende erklärt, dass im Jahr 2007 Kosten in Höhe von rund EUR 300.000,- für die Vergabe des digitalen Leitungskatasters vorgesehen wurden. Phase I und II (Aufnahmen mit der Kamera, Feststellen von Schäden, Festlegen der Dringlichkeiten wie z.B. Haldenweg) seien inzwischen abgeschlossen. Nun habe man sich mit Phase III, der Fertigstellung, zu befassen. Die Unterlagen dazu sind allen Gemeindevertretern mit der Sitzungseinladung zugegangen.

Dazu erteilt der Vorsitzende DI Michael Gasser von der Ziviltechniker-Fa. Rudhardt+Gasser das Wort, der anhand einer Powerpoint-Präsentation die notwendigen Arbeiten vorstellt.

Fragen der Gemeindevertreter zu den Kosten, zur hydraulischen Berechnungsmethode, zu Kanalschlussvorschriften, zum Misch- und Trennsystem werden beantwortet.

Der Auftrag laut der den Gemeindevertretern vorliegenden Beilage „Zusammenfassung Ingenieurleistungen“ von Rudhardt+Gasser vom 3. Juni 2011 mit Nettokosten in Höhe von EUR 87.960,- als Gesamtsumme (gesplittet auf Gemeinde zu 83,50% und ARA zu 16,50%) wird einstimmig gesamthaft vergeben.

### **3. Projekt Brücke Diezlings**

Einleitend erklärt der Vorsitzende, dass sich aus dem Projekt „Brücke“ inzwischen das Projekt „Brücke, Rad- und Fußweg“ entwickelt habe. Chronologie und Kostenschätzung dazu sind allen Gemeindevertretern zugegangen.

Der Vorsitzende ruft noch einmal die Chronologie dazu in Erinnerung:

Im Jahr 2007 wurde festgestellt, dass die Brücke Diezlings, eine Stahlbetonbrücke mit Holzauflagen, sanierungsbedürftig ist. Ein Gutachten (Moser) aus dem Jahr 2008 bestätigte dies. Die Sanierungskosten wurden damals mit ca. EUR 70.000,-- geschätzt. Es folgte im Jahr 2010 der Grundsatzbeschluss der Gemeinde, eine neue Brücke zu bauen.

Im Straßenausschuss wurden drei Brückenvarianten vorgestellt. Als Bestvariante wurde der Vorschlag vom Büro GBD, eine Stahl-Holzkonstruktion, zur Ausführung empfohlen.

Im Zuge der Planung haben sich unvorhergesehene Mehrkosten ergeben: als Auflagen seitens der Abteilung Wasserwirtschaft (Hochwasserschutzmaßnahmen) und der Abteilung Landesstraßenbau beim Land Vorarlberg (Erhöhung der Brücke) sowie die Sanierung der Zulaufstrecke (Gemeindestraße). Abzüglich der freiwilligen Kostenbeteiligung der Gemeinde Sigmarszell und der Landesförderung ergeben sich für die Gemeinde Hörbranz Kosten in Höhe von EUR 86.600,-- brutto für eine neue Brücke und überwiegend asphaltierte Zulaufstrecken mit neuem Straßenunterbau und Entwässerung.

Einstimmig wird die Sanierung der Brücke Diezlings laut vorliegendem Vorschlag beschlossen.

#### **4. Räumlichkeiten Schülerbetreuung/Archiv**

Der Vorsitzende berichtet, dass er nach der einstimmigen Annahme seines Antrages in der GV vom 30.03.2011, die Erweiterung der Schülerbetreuungs-räumlichkeiten in das 1. Stockwerk der VS prüfen zu lassen, eine unkomplizierte und kostenlose Prüfung durch Architekt Fink vornehmen habe lassen. Derzeit befindet sich im ersten Stock der VS das Gemeindearchiv. Der Antrag beinhaltete auch die Umsiedelung des Archivs in 2. OG des Kronenareals.

Nachdem Architekt Fink beide Gebäude sehr gut kenne, habe er nach einer Begehung der Räumlichkeiten mit der VS-Direktorin und dem Gemeindearchivar rasch folgende grobe Kostenschätzung vorlegen können:

- Schülerbetreuung: Durchbruch einer Wand, Türe neu, Kosten ca. EUR 12.000,--
- Archiv in Kronenareal 2. OG: Kosten ca. EUR 50.000,--

Folgende mögliche weitere Vorgangsweise schlägt der Bgm. vor:

- Grundsatzbeschluss der GV
- Detaillierte Kostenschätzung/Ausschreibung erstellen lassen
- Beschlussfassung in den Gremien
- Ausschreibungen im Herbst
- Durchführung der Arbeiten Ende 2011/Anfang 2012 (budgetwirksam 2012)

Ein Gemeinderat regt an, anstatt der Verlegung des Archivs ins Kronenareal die Adaptierung des Großgasteiger-Hauses anzudenken. Zudem macht er darauf aufmerksam, dass derzeit viele Ideen für mögliche Gemeinderäumlichkeiten im Gespräch sind (etwa Gespräche mit der Sennereigenossenschaft über eine mögliche Nachnutzung des Sennereigebäudes, neue Situierung der Polizei, unklare Zukunft des Großgasteiger-Hauses) und man das Ergebnis davon abwarten solle.

Die Vizebgm. weist darauf hin, dass der Handlungsbedarf in Bezug auf den Mittagstisch für Schüler sich durch die Verlegung Mittagsbetreuung für Mittelschüler in die Mittelschule etwas entschärft habe und man daran denken soll, im Zuge des „Familie plus“-Konzepts die Lage gesamthaft zu betrachten. Weiters erkundigt sie sich nach der genauen Zusammensetzung der Kostenschätzung in Höhe von EUR 50.000,--. Dies beantwortet der Bgm. wie folgt: Inkludiert seien Boden, Wände und Decke, eine Innensanierung. Außerdem betont er, dass die Unterbringung Schülerbetreuung für die Volksschüler

im selben Haus ideal sei. Dies empfehle auch die Direktorin. Weiters macht er darauf aufmerksam, dass trotz der kurzfristigen Entschärfung der Schülerbetreuungssituation die Nachfrage nach Schülerbetreuung stetig steige.

Die Obfrau des Kindergarten- und Schulausschusses macht deutlich, dass die Zunahme der Kinder in der Schülerbetreuung gegeben sei und Handlungsbedarf besteht.

Es wird u.a. über die Notwendigkeit von Brandschutzmaßnahmen sowie von behindertengerechtem Zugang des Archivs diskutiert, außerdem über die Möglichkeit einer möglicherweise lukrativen Vermietungsmöglichkeit des 2. OG anstelle des Archivs. Abschließend wird dem vom Bgm. vorgeschlagenen Grundsatzbeschluss mit Kostenschätzung und Ausschreibung mit 23 : 4 Stimmen zugestimmt.

## **5. Zollamtsgelände Unterhochsteg**

Betreffend die Übernahme der Flächen rund um das Inselgebäude Unterhochsteg, die derzeit im Eigentum der BIG stehen, berichtet der Bgm., dass er nach dem Beschluss in der letzten GV-Sitzung, dass eine schriftliche Erklärung des ÖAMTC (als Mieter im Inselgebäude) eingeholt werden solle, umgehend mit der ÖAMTC-Geschäftsleitung einen Gesprächstermin vereinbart habe, bei dem seitens des ÖAMTC erneut betont wurde, dass sie selbst an einer neuen Räumlichkeitenlösung interessiert seien.

Nun liege eine schriftliche Erklärung des ÖAMTC vor, die die zuvor bereits mündlich geäußerte Bereitschaft dokumentiert, im Falle der Beschaffung geeigneter Ersatzräumlichkeiten vom Inselgebäude umzusiedeln und einen angepassten Mietpreis (lokal- und marktüblich) zu bezahlen. Der Bgm. verliest diese Erklärung vom 28. Juni 2011.

Ein Gemeinderat fragt nach einer Dienstbarkeit über die Wegparzellen des unterirdisch verlaufenden Mühlbachs und berichtet, dass seinen Informationen zufolge ein früherer Kauf rückabgewickelt wurde, weil die Dienstbarkeit nicht ersichtlich sei. Der Bgm. antwortet, dass die Mühlbachparzellen nicht mit erworben würden, die oberirdisch verlaufende Dienstbarkeit aber bestehe.

Daraufhin wird der Kaufvertrag zwischen BIG und Gemeinde, der den Gemeindevertretern bereits mit der Einladung zur vorangegangenen Sitzung zugestellt wurde, mit 22 : 5 Stimmen beschlossen.

## **6. Beratungen über den Standort für die Polizei**

Zur Erläuterung für jüngere Mitglieder der GV informiert der Bgm. darüber, dass seit längerer Zeit Gespräche mit der Polizei über eine Erweiterung der Räumlichkeiten geführt würden. In einem offiziellen Schreiben des Landespolizeikommandos Vorarlberg im Jahr 2007, das der Bgm. verliest, wurde die Dringlichkeit hervorgehoben und Lösungsansätze der Gemeinde gefordert.

Daraufhin wurden mögliche Standorte geprüft. Nach dem Teilauszug der Post und telekom aus dem EG des Kronenareals sei auch eine Erweiterung des bestehenden Standorts überlegt worden.

Nun habe die Polizei zwei für sie mögliche Varianten zur notwendigen Erweiterung der Räumlichkeiten bekannt gegeben. Auch dazu gibt es eine offizielle Stellungnahme der Polizei vom 30.05.2011, die der Bgm. verliest.

- Bei Variante I handelt es sich um eine Bestandserweiterung in den ehemaligen Posträumlichkeiten im Kronenareal. Diese seien grundsätzlich geeignet, allerdings wäre die Erschließung aufwändig, da die Post im Kellergeschoss und im zweiten Obergeschoss bleibt. Drei notwendige Garagen mit Zugang zum Gebäude seien schwer realisierbar und für die Übergangszeit während des Umbaus wäre eine Ersatzräumlichkeit notwendig.

- Bei Variante II handelt es sich um das Objekt „Arzt haus Ziegelbachstraße“. Dafür spräche für die Polizei, dass es sich um ein Sprengelhaus von Möggers, Hohenweiler und Hörbranz handle, dass der

Bau von drei Garagen im Hof mit direktem Zugang ins Gebäude möglich wäre und dass keine Übergangslösung notwendig sei.

Für die Polizei sind beide Möglichkeiten vorstellbar, wobei Variante II bevorzugt wird. Wichtig ist der Polizei aber eine zeitnahe Lösung. Wenn dies nicht möglich sei, wird Variante I bevorzugt. Die Investitionskosten für polizeispezifische Maßnahmen würden von der Polizei getragen.

Daraufhin berichten zwei Gemeindevertreter, dass sie selbst Gespräche mit der Polizei geführt hätten und über die Argumentation der Notwendigkeit von drei Garagen überrascht seien. Ihnen gegenüber hätte sich die Polizei klar für den derzeitigen Standort im Zentrum ausgesprochen. Für sie sei der Standort Ziegelbach weniger geeignet, weil er eher dezentral gelegen sei und sich auch keine Bushaltestelle in der Nähe befinde.

Einige Gemeindevertreter weisen darauf hin, dass derzeit im Arzthaus Ziegelbach Kindergartengruppen untergebracht sind und das Haus daher nicht zur Verfügung steht.

Der Bgm. macht darauf aufmerksam, dass es sich beim Kindergarten Ziegelbach von Anfang an um provisorische Räumlichkeiten handelt, die nur für zwei bis drei Jahre genehmigt worden seien und danach voraussichtlich aufgrund der aktuellen Kinderzahlen im Kindergartenbereich auch nicht mehr benötigt würden.

Die Obfrau des Kindergarten- und Schulausschusses klärt eine entstandene Unklarheit betreffend die Kinderzahlen auf: Zwar seien die Kinderzahlen generell rückläufig (weniger Geburten), allerdings sei der Bedarf an Ganztageskindergarten- und Schülerbetreuung aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklung (höhere und frühere Berufstätigkeit der Mütter) dennoch im Steigen begriffen. Grund für die Schaffung der zusätzlichen Kindergartengruppe Ziegelbach im Vorjahr seien nicht die hohen Kinderzahlen gewesen, sondern die hohe Anzahl von Kindern mit erhöhtem Förderbedarf („Integrationskinder“), was kleinere Kindergartengruppen notwendig mache.

Ein Gemeinderat äußert sich gegen den Standort Ziegelbach und schlägt vor, am Gebäude Adaptierungen vorzunehmen, damit es sich um keine provisorischen Räumlichkeiten mehr handelt. Seiner Meinung nach könnte man sich so eventuell das „Haus der Zukunft“ einsparen. Der Bedarf für Kindergarten und Archiv (wegen der im vorherigen TOP besprochenen Pläne zur Umsiedelung ins Kronenareal) falle weg. So sei nur noch der Bedarf für den Musikverein gegeben.

Der Bgm. stellt daraufhin klar, dass das historische Archiv niemals im „Haus der Zukunft“ geplant worden sei, sondern dass es dabei um den Bedarf für das Verwaltungsarchiv der Gemeinde gegangen sei. Des Weiteren sei ein Bedarf für Kleinkinderbetreuung für künftig zwei- bis dreijährige Kinder vorhanden, an dem sich nichts geändert habe. Derzeit seien Kinder dieser Altersgruppen in den beiden Spielgruppen untergebracht, die beide voll sind und räumlich ungünstig situiert sind. Im ehemaligen Arzthaus Ziegelbach sei derzeit eine Kindergartengruppe und die Kleinkindergruppe i-Tüpfle untergebracht. Für diese beiden Zwecke und um ein Probelokal für den Musikverein zu schaffen, sei das Projekt aufwändig geplant und mehrmals von den Gemeindegremien beschlossen worden.

Beide Häuser (Ziegelbach und Großgasteiger) müssten renoviert werden und die Kostenschätzungen belaufen sich in etwa auf dieselbe Höhe.

Nachdem der Bgm. seitens der Polizei die offizielle Information bekommen hat, dass die Lage an der Ziegelbachstraße für sehr geeignet gehalten werde, weil man sich dort einen ungestörten Dienstbetrieb erwarte und eher im Gegenteil von einer Lage zu nah am Wohnbereich Dorfzentrum eher abgeraten werde, zumal die Sanierung bei laufendem Betrieb durchgeführt werden müsste, sind die Informationen einiger Gemeindevertreter zu Aussagen von diensthabenden Polizisten, dass diese am derzeitigen Standort bleiben wollen, widersprüchlich.

Aufgrund dieser offenbar unterschiedlichen Aussagen verschiedener Vertreter der Polizei beantragt eine Gemeindevertreterin, dass die Beratung über den künftigen Standort der Polizei vertagt werden soll bis geklärt werden könne, was der tatsächliche Standortwunsch sei.

Diesem Antrag auf Vertagung wird mit 14 : 13 Stimmen zugestimmt.

### **7. Beschlussfassung des Betriebsabganges Josefsheim**

Der Vorsitzende berichtet, dass der Rechnungsabschluss 2010 des Sozialzentrums Josefsheim einen Betriebsverlust von EUR 348.032,75,-- aufweist (anstatt der geplanten EUR 158.561,00,--), was auf nicht absehbare hohe Investitionskosten (Neuanschaffung Geschirrspülmaschine, Schwesternruf-Anlage) und erhöhte Personalkosten aufgrund langer Krankenstände zurückzuführen ist.

Der Beirat Josefsheim, der sich mit dem Gremium des Gemeindevorstands deckt, hat den Rechnungsabschluss 2010 einstimmig zur Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung empfohlen.

Einstimmig wird der Betriebsabgang 2010 auch von der Gemeindevertretung beschlossen.

Abschließend informiert der Vorsitzende noch darüber, dass der Geschäftsführer des Josefsheims gekündigt habe und nach einer Nachfolgeregelung gesucht werde.

### **8. Ausschuss-Besetzungen**

Folgende Ausschuss-Umbesetzungen werden einstimmig beschlossen:

Straßenausschuss: Monika Gorbach scheidet aus, Martin Wurzer folgt.

Schul- und Kindergartenausschuss: Ute Fetz wird Ersatzmitglied, bisheriges EM Monika Gorbach wird als Mitglied vorgereicht.

### **9. Berichte**

a) Der Bgm. beantwortet eine in der letzten GV-Sitzung unter TOP aufgekommene Frage betreffend Maastricht-Kriterien.

b) Stilllegung Sonderpädagogisches Zentrum Lochau: Der Vorsitzende berichtet, dass aufgrund zu niedriger Anmeldezahlen das Sonderpädagogische Zentrum in Lochau stillgelegt wird. Als Ausweichmöglichkeiten stünden die Sonderschule Bregenz Weidach, das Schulheim Mäder und die reguläre HS und MS zur Verfügung.

c) Bauamtsverwaltung: Dazu berichtet der Bgm., dass die Arbeitsüberlastung des Bauamtes im Bereich Hochbau latent sei. Mit den Bgm. der anderen Leiblachtalgemeinden hätten intensive Gespräche stattgefunden, mit dem Ergebnis, dass die Gemeinde Lochau aus der gemeinsamen Planung ausgestiegen sei. Die anderen Gemeinden hätten aber nach wie vor Interesse an einer gemeinsamen Lösung. Derzeit werde mit dem Gemeindeverband ein Konzept ausgearbeitet. Möglicherweise könne es dann zu einer kurzfristigen Entscheidung kommen und im Sommer eine Stellenanzeige geschaltet werden.

Dazu merkt ein Mitglied des e5-Teams an, dass er diese Entwicklung begrüße. Des Weiteren erkundigt sich dieser Gemeindevertreter nach der Vorgehensweise bei der Bewilligung von Solar- und Photovoltaikanlagen. Angeblich komme es durch einen neuen Ablauf zu Verzögerungen. Der Bgm. verweist für diese Rückfragen an seine Mitarbeiter im Bauamt.

d) Der Bgm. verliest zwei Antworten auf die von der GV beschlossene Anti-Atom-Petition (österreichisches Bundeskanzleramt und der Schweizer Bundespräsidentin).

## 10. Protokollgenehmigung Nr. 9

Zwei Anträge auf Protokollergänzung in Protokoll Nr. 9 werden gestellt:

- 1.) Ein Gemeindevertreter macht darauf aufmerksam, dass er in der letzten Sitzung unter dem TOP „Allfälliges“ betreffend die „Familie plus“-Studienreise auch der Gemeindevertretung eine Präsentation angeboten habe, nicht nur dem Kernteam und bittet, dies zu ergänzen.
- 2.) Ein Gemeinderat legt Wert auf die Feststellung, dass er in der letzten GV unter TOP 10 den Antrag gestellt habe, den „Abrissbeschluss“ des Großgasteiger-Hauses aufzuheben. Erst nach der Versicherung des Bgm., dass nichts abgerissen werde bevor in diesem Gremium erneut darüber beraten werde, habe er diesen Antrag zurückgezogen. Er beantragt, dies im Protokoll zu ergänzen.

Beide Anträge auf Protokollergänzung werden einstimmig angenommen. Anschließend wird das Protokoll Nr. 9 einstimmig genehmigt.

## 11. Allfälliges

- a) Der Bgm. verkündet folgende Termine:
  - Die nächste GV-Sitzung findet am 28.09.2011 statt
  - Prüfungsausschuss findet am 18.07.2011 statt.
  - Die gemeinsame Sitzung von Gemeindevorstand und Finanzausschuss findet am 14.07.2011 statt.
  - Die nächste Sitzung des Integrationsausschusses findet am 5.07.2011 statt.
- b) Der Bgm. macht die Anwesenden auf ein Musical aufmerksam, das die Musikschule Leiblachtal an darauffolgenden Wochenende im Leiblachtalsaal aufführt.
- c) Ein Gemeinderat appelliert dafür, angesichts des derzeitigen Standes des Projekts „Haus der Zukunft“, die sich im Berufungsverfahren befindlichen Anrainer nicht länger mit einem Verfahren zu drangsalieren, sondern dieses zu stoppen. Der Obmann der Berufungskommission äußert Zweifel daran, ob die Berufungskommission, deren Entscheidung ausständig ist, ein laufendes Verfahren überhaupt stoppen kann.
- d) Ein Gemeindevertreter weist auf eine gefährliche Verkehrssituation im Bereich der Bäckerei Gunz hin. Die Gehsteigkante sei zu hoch für ein barrierefreies Überqueren der Straße. Der Bgm. bittet darum, solche Beobachtungen dem Bauamt zu melden.
- e) Ein Gemeindevertreter erkundigt sich danach, ob es für die in der letzten GV-Sitzung, ebenfalls unter Allfälliges, angesprochene Zufahrt Grünau bereits eine Lösung gebe. Der Bgm. berichtet, dass dies derzeit geprüft werde.
- f) Die Vizebgm. fragt, ob es für das Projekt der Lebenshilfe-Werkstätte, im Rahmen dessen in der dritten Juliwoche Waisenkinder aus der Ukraine in Hörbranz zu Besuch sind, von der Gemeinde Unterstützung gebe. Der Bgm. berichtet, mit der Lebenshilfe diesbezüglich bereits in Kontakt zu sein.
- g) Ein Gemeindevertreter erkundigt sich nach dem aktuellen Stand in Sachen Autobahnzollamt. Der Vorsitzende erklärt, nichts Neues gehört zu haben. Die Überprüfung des Umweltberichtes sei noch nicht abgeschlossen.
- h) Ein Gemeinderat stellt eine Anfrage betreffend die Vergabe von Aufträgen an die Architekten Walser und Fink an den Bgm.
- i) Betreffend eine in der letzten GV-Sitzung unter Allfälliges gestellte Anfrage zu Vorschriften in Bezug auf die Errichtung von Kinderspielplätzen (Anlassfall Genfahlweg) verliert der Bgm. eine

Stellungnahme des Bauausschusses dazu. Der Bauausschuss legt Wert auf die Feststellung, dass auch bei Seniorenwohnungen sehr wohl ein entsprechender Kinderspielplatz einzurichten ist. Ein solcher Plan im Sinne der Spielplatzverordnung sei in diesem Fall auch eingereicht und von allen Eigentümern unterzeichnet worden. Vom Bauausschuss werden Ausnahmen von der Kinderspielplatzverordnung negativ beurteilt.

Abschließend dankt der Vorsitzende den Gemeindevertretern für die konstruktive Teilnahme und verabschiedet alle in die Sommerpause.

Ende der Sitzung: 23.00 Uhr

Die Schriftführerin

Der Vorsitzende

Dr. Beate Malz

Bgm. Karl Hehle